

Ein Sittengemälde der bürgerlichen Klassengesellschaft: Vorweihnachtliche Spendenaktionen

Alle Jahre wieder hat in der Vorweihnachtszeit die Nächstenliebe Konjunktur. Sie spenden-wirksam in Fahrt zu bringen, sehen tradi-tionsgemäß neben den Kirchen auch die welt-lichen Betreuer der staatsgläubigen Unterta-nenmoral, die Tageszeitungen, als ihre weihnachtliche Bürgerpflicht an. In ihren bekann-ten Advents-Hilfsaktionen stellen sie „Schick-sale“ von in Not geratenen Mitbürgern vor, leisten also ihren Beitrag zur vorweihnacht-lichen Selbstlosigkeit, indem sie *anderen* die Gelegenheit zu helfen geben, in Gestalt eines kleineren Geldbetrags, zu überweisen auf ei-nes der zahlreichen Spendenkonten.

1.

Ohne fürchten zu müssen, eine Welle der Em-pörung in der aufgebrachtten Bevölkerung aus-zulösen, führen die humanitär gesinnten Elendsreporter ungerührt die ganze Brutalität unseres sauberen Klassenstaates vor. Zeitun-gen, die tagaus, tagein gegen überzogene An-sprüche einer „besitzstands-orientierten“ Be-völkerung hetzen, die Löhne als „zu hoch“ geißeln und die Kosten für die in der Arbeiter-schaft massen- und dauerhaft anfallenden „So-zialfälle“ inzwischen für „unbezahlbar“ hal-ten, schildern plötzlich *Alter* und *Krankheit* als eine Katastrophe, die den Betroffenen das bloße Existieren schier unmöglich macht. Al-ter? Das Alter wäre doch wohl weiter nicht tra-gisch, wenn man genug Geld und Kraft hat, um sich das Leben gemütlich zu machen! Was ist am Alter schlimmer, wenn man geruhsam gelebt hat? Man sehe sich nur einmal die kraft-strotzenden Endsechziger und Mittsiebziger unter den Künstlern, Pfaffen, Professoren und Politikern an, die einfach nicht altern wollen! Krankheit? Dafür gibt es doch wohl die Ärzte, die dazu da sind, einen zu betreuen.

Am bloßen Altsein oder der Krankheit liegt es eben auch nicht, wenn beides sich bis hin zur Bestreitung der Überlebensmöglichkeit zerstö-rerisch auswirkt. Die Beispiele, die zur Stimulierung der Spendenbereitschaft dem mitleidigen Publikum ausgemalt werden, las-sen da keine Zweifel:

„*Karins Vater wurde krank, musste seinen Beruf aufgeben. Seitdem lebt das Ehepaar mit seinen drei kleinen Töchtern von einer kleinen Rente. Der Um-zug in eine viel zu kleine Wohnung wurde notwen-dig... usw. usw.*“

Diesen Menschen wird das Notwendigste zum Leben verweigert, nachdem sie das Pech hat-ten, nicht mehr brauchbar zu sein. Dauert eine Krankheit erst einmal länger und ist sie schwe-erer als der winterliche Schnupfen, dann hat das ersprießliche Dasein als Lohnempfänger schnell sein Ende. Nach der Entlassung gerät der für unbrauchbar Befundene in die Maschen des sozialen Netzes, und da vollstreckt der Staat an ihm dasselbe Urteil noch einmal: Geld für überzählige Esser *bloß* zum Leben... – dafür ist eigentlich jeder Cent zu schade. Weshalb auch der Nachweis der Anspruchsberechtigung als Hindernislauf organisiert ist: Frau F. (79), der es gar nichts nützt, dass sie „noch küstig“ ist und „bei schönem Wetter die fünf Kilometer bis zum Arzt im nächsten Ort noch zu Fuß läuft“, durfte der „Frankfurter Rundschau“ fol-gende Erfahrung mit der staatlichen Spar-politik berichten:

„*Von einer Stelle wurde sie zur nächsten geschickt. Eingetragen hat ihr das insgesamt etwas über 300 Euro. Die Miete allein beträgt seit der Renovierung ihrer Wohnung bereits gut 200 Euro.*“

Die staatlichen Gemeinheiten der Oma gegen-über so ungeschminkt auszuposaunen, ohne dass dabei dem Staat auch nur ein einziges bö-ses Wort nachgesagt wird, unterstellt, dass es in unserer schönen Republik jeder für *normal* hält, dass man mit den staatlich gesetzten Existenzbedingungen zurechtkommen muss. Dass diese Normalität auf Armut *beruht*, auf dem dauerhaften Ausschluss von Reichtum also, ohne den der Gang zur Arbeit nicht täg-lich aufs neue notwendig wäre, stört denjeni-gen nicht, der schon zufrieden ist, wenn man überhaupt zurechtkommen *kann* – welche Kunststücke man sich dafür auch immer ein-fallen lassen muss. *Wirkliche* Armut fängt für

ihn erst dann an, wenn beim besten Willen das Zurechtkommen nicht mehr geht. Das gilt dann als „Extremfall“, als *Ausnahme*, mit der die gewöhnliche Frettereie des Lohnarbeiter-daseins nichts zu tun hat. Diese kann man näm-lich aushalten, also sind Zustände, die man nicht mehr durchsteht, auf keinen Fall einfach die Auswirkungen des täglichen Knochen-hinhaltens gegen eine kümmerliche, keine Zukunftsabsicherung zulassende Entlohnung, sondern etwas ganz anderes: *Not*. So ist der Grund für die Elendsfälle, an denen sich die Vorweihnachtschristen das Herz erwärmen, glücklich um die Ecke gebracht, indem die Lohnarbeit und ihre Folgen nach dem Grad ihrer Aushaltbarkeit auseinanderdividiert wer-den. *Not* wird als *Unglück* angesehen, das ei-nen Menschen *grundlos* trifft, als Folge des zufälligen Zusammentreffens vieler ver-schiedener widriger Umstände. Arbeitslosig-keit als Schicksal, die knappe Rente als zu-sätzliche erschwerende Bedingung, die zur Einsamkeit und den Depressionen dazukommt, der Tod des Mannes, die Scheidung der Tochter, Krankheit und Invalidität – all das taucht friedlich und gleichberechtigt nebeneinander auf. Lauter missliche Umstände firmieren so als Ursache des Elends, und keiner will mehr sehen, dass derartige „Schicksalsschläge“ nur bei solchen Figuren zur existenziellen Bedro-hung werden, die selbst nichts haben, um ihr Auskommen zu sichern, daher vom Verkauf ihrer Arbeit leben müssen für ein Entgelt, das weder die Kosten einer Scheidung noch eines vierten Kindes oder gar von Phasen längerer Arbeitsunfähigkeit abdeckt – wenn sie über-haupt das zweifelhafte Glück haben, eine Ar-beit zu finden.

2.

Im Kapitalismus gilt das Gesetz: Wer nicht arbeitet, obwohl kein anderer Erwerb für ihn vorgesehen ist, *hat* nichts zu essen. Das radi-kale Staatsbürgerbewusstsein verschärft dies zu der moralischen Losung: Wer nicht arbeitet, *verdient* nicht zu essen. Entsprechend hat der moderne Christenmensch in Sachen Mitleid so seine Ansprüche. Nicht jeder Fall von Ar-mut regt sein Mitleid an. Ein „Dauerstudent“ z.B., der sich mehr schlecht als recht mit Ge-legenheitsarbeiten durchschlägt, oder eine ost-europäische Elendsfigur, die sich von profes-sionellen Schleppern in einen Kleinbus eingepfercht über tausend Kilometer nach Deutsch-land karren lässt, um im Vorweihnachts-rummel ein paar Kreuzer zu erbetteln und prompt von Presse und Rundfunk als „Abstau-ber“ entlarvt wird, wird, statt Mitleid zu erwe-cken, eher den Vorwurf zu hören bekommen, zum „arbeits-scheuen Gesindel“ zu zählen. Man sieht also: Die Menschlichkeit richtet sich keineswegs bedauernd auf *jedwede* Not, son-dern sie macht da ihre deutlichen Bedin-gungen: Mitleid verdient nur, wer nachweis-lich *schuldlos* in Not geraten ist. Die Lebens-geschichte eines Elendsopfers ist eigentlich erst dann wirklich rührend, wenn sie zeigt, dass sich hier einer den Brutalitäten, die der Kapi-talismus für sein Arbeitermaterial so auf La-ger hat, bis zum bitteren Ende unterworfen hat. Die weihnachtlichen Hilfsaktionen tragen die-ser brutalen Bedingung christlichen Mitleids vorbildlich Rechnung, indem sie vorwiegend von Fällen berichten, bei denen die Betroffen-ten Höchstleistungen in Sachen Aushalten von Zwängen erbringen; z.B.:

„*Auch die neue Arbeit nahm sie mit großer Energie wieder auf, packte zu, veränderte, was ihr nötig erschien. ‚Ich hab‘ gearbeitet wie ein Mann‘, er-zählt sie. Irgendwann hat aber dann der Körper nicht mehr mitgemacht.*“

Hier liegt eindeutig *echtes* Unglück vor. Weih-nachtsseiliger Drang zu helfen stellt sich ein, der sich in klingender Münze niederschlägt.

3.

Dieser Griff zum Geldbeutel soll Hilfe sein? Wenn man das ernst nähme, müsste man schier verzweifeln. Das Almosen ändert ja nichts an

Fortsetzung Seite 2, Spalte 2 unten

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

Vortrag mit Diskussion

Die Ideologie zur Welt-Kriegslage

Feindbild Islam

Vom richtigen und verkehrten Gottesglauben in unserer Zeit

Der Krieg im Irak stößt auf Ablehnung in Deutschland, nicht so der allgemeine Feldzug der Weltmacht, von dem er eine Etappe ist. Beim Kampf gegen den islamischen Terrorismus sieht man eine gesamt-westliche Betroffenheit und einen gemeinsamen Feind. Was der will und warum er die Weltherrschaft des Westens unerträglich findet, interessiert nicht. Denn *statt einer Erklärung der Feindschaft* macht man sich ein *Bild vom Feind*, das ihn böse, gefährlich, in jeder Hinsicht vernichtungswürdig zeichnet – und so den Vernichtungswillen der eigenen Seite ins Recht setzt.

Feinde haben keine verstehbaren Ziele, sondern handeln aus unsinnigen, fanatischen Ge-sinnungen heraus – und dieser ganz besonders. Der islamische Fundamentalist folgt fal-schen Werten einer intoleranten und unaufgeklärten Religion und ist voller Ressentiments gegen unseren schönen Westen, gegen den kein vernünftiger Mensch etwas haben kann. Wenn auch, wie eingeräumt wird, nicht alle Moslems gleich Terroristen sind, ist ihre Religi-on doch eine Gefahr. „Wir“ müssen ihre Koranschulen überwachen, Kopftuchträgerinnen zur Toleranz gegen uns zwingen, und der ganzen moslemischen Welt die Aufklärung und ein modernes Religionsverständnis beibringen – vielleicht nicht gleich durch die Mithilfe von US-Marines, jedenfalls aber wirkungsvoll.

Das Bild der verkehrten, gefährlichen Religion ist leicht zu haben: Man muss den Islam nur mit dem Gottesglauben des christlichen Abendlands vergleichen – und schon sieht je-der: Der ist anders, fremdartig, bedrohlich! Unser Glaube ist unpolitisch, tolerant, aufge-klärt, der moslemische ist finster, intolerant, politisch. Was dran ist an diesem Vergleich, soll auf der Veranstaltung ebenso erläutert werden, wie der Blödsinn eines *aufgeklärten Glaubens*, auf den man hierzulande stolz ist.

Donnerstag, 11. Dezember 2003, 20.00 Uhr

K4 im Künstlerhaus (Ex-KOMM), Glas-Saal im Kopfbau
Nürnberg, Königstr. 93

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

Noch mehr Reformvorschläge von Peter Hartz:

Hartz V – unendlich:

Betriebswirtschaftliche Kalkulationen mit dem ganzen Arbeitsleben

„Hartz III“ & „Hartz IV“ waren noch nicht verabschiedet, da legte Schröders Parteifreund im VW-Vorstand schon „Hartz Nr. V – 8“ nach: Zu allen schon praktizierten Freiheiten des Kapitals im Umgang mit der Arbeitskraft und zusätzlich zu allen darüber hinaus gehenden, in der Zirkulation befindlichen Vorstellungen, wie man deutsche Arbeiter noch billiger und länger arbeiten lassen könnte, kommt nun von VW-Personalchef Hartz noch ein Vorschlag hinzu; ein Vorschlag, „*der so einfach und bril-lant ist, dass alle staunen werden.*“ Ausgangs-punkt seiner Überlegung ist, „*dass die Men-schen zwar länger arbeiten müssen als bisher, dass aber ältere Beschäftigte weniger leis-tungsfähig sind als in ihrer Jugend. Folglich muss in der Jugend länger gearbeitet werden als im Alter.*“ (FAZ, 17.9.03)

Wirklich genial, wie Hartz die verschiedenen Leistungsanforderungen an „die Menschen“ unter einen Hut bringt, so dass „folglich“ nur noch die damit zurechtkommen müssen! Wenn die Arbeitsleute von Staats wegen künftig spä-ter ins Rentenalter entlassen werden, damit sie der Rentenkasse weniger zur Last fallen, von Betriebs wegen aber die Leistungsanforderun-gen an sie so hoch sind, dass sie denen schon lange vor dem Rentenalter nicht mehr gewach-sen sind, dann müssen sie eben in ihrer Jug-ent, wenn sie noch unverbraucht sind, län-ger ran. Im Alter, wenn ihre Leistungskraft da-hingeschwunden ist, können sie dann bei ver-ringerter Stundenzahl immer noch eine brauch-bare Leistung fürs Unternehmen bringen. Man bräuchte also bloß die Arbeits- und die freie Zeit im Arbeiterleben ein wenig umzuverteilen, und schon könnten die lieben Menschen den Leistungsanforderungen, die der Betrieb an sie stellt, viel besser gerecht werden:

„*Die ‚demographische Arbeitszeit‘ kennt drei Pha-sen: Die erste reicht bis zum 45. Lebensjahr. In die-ser Zeit beträgt die wöchentliche Arbeitszeit beispielsweise 40 Stunden. Für fünf davon wird ein Zeitguthaben angelegt. Vom 45. bis 55. Lebensjahr*

beträgt die Arbeitszeit 35 Stunden, danach 30 Stun-den wöchentlich. In der Schlussphase wird das Zeit-guthaben verwertet. So kommt eine durchschnitt-liche wöchentliche Arbeitszeit von 35 Stunden wäh-rend der Lebensarbeitszeit zustande.“

Interessant, wie Hartz ausspricht, was dem al-ten Marx keiner glaubt: Dass das Leben des Arbeiters – zeitlich und finanziell – eine vom Kapital bestimmte Größe ist und sonst nichts. Sein Vorschlag geht davon aus, dass freie Zeit und Arbeitszeit disponible Größen des Kapi-tals sind, also „einfach“ nur optimal den Be-dürfnissen des Kapitals angepasst werden müssen. Wenn die Leistungskraft der Beschäf-tigten ihren Höhepunkt in der ersten Hälfte des Arbeitslebens hat, dann erfahrungsgemäß bereits schleichend und bald rapide dahin-schwindet, so heißt das für den proletarischen Lebensplaner von VW „folglich“, dass mehr von der Lebensarbeitszeit in der ersten Hälfte des Arbeiterlebens absolviert werden muss und von der Lebensfreizeit dementsprechend mehr ins spätere Leben zu verlegen ist. Was das für die Arbeitsleute heißt: ob es ihnen gut be-kommt; ob es ihnen recht ist; dass sie in jun-gen Jahren vielleicht noch andere Lebensziel haben als sich möglichst frühzeitig für ihren Arbeitgeber aufzuarbeiten, das alles spielt für Hartz ganz „einfach“ keine Rolle: Sie müssen sich halt umstellen, was sonst. Was müssen sie ihr Bedürfnis nach Freizeit ausgerechnet in den Jahrzehnten betätigen, in denen ihr Betrieb noch mehr Leistung aus ihnen rausholen kann?! Dafür haben sie dann ja im Alter, wenn sie verschlissen sind, mehr freie Zeit zur Pfl-ege ihrer angeschlagenen Physis.

A propos verschlissen: So natürliche Gründe hat das, worauf Hartz mit seinem Vorschlag als ‚demographische‘, quasi naturgesetzliche Regel Bezug nimmt – die abnehmende Leis-tungskraft – ja auch nicht. Ihm ist halt aufgefal-len, dass die wirtschaftlich lohnend eingerich-

Fortsetzung Seite 2, Spalte 2 Mitte

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Pädagogische Anthropologie

Blöde Frage: „Was ist der Mensch?“

Was soll er schon sein? Ein „homo oeconomicus“ für die Volkswirtschaftler, ein „zoon politikon“ für die Politologen, ein „animal sociale“ für die Soziologen, ein Erdwurm für die Theologen und „ein Tier, das denkt“, für die Rationalisten. Es fällt richtig ins Auge: jede Zunft ist bemüht, ihre sehr kulturellen oder politischen Anliegen rückwärts in die innerste, von jeder Kultur und Außeneinwirkung gereinigte Menschennatur *reinzulesen*, um dasselbe Anliegen dann als *dem* Menschen total entsprechend, als gerechtfertigtes Anliegen aus seiner Natur wieder *herauszulesen* – ein witzloses und zirkuläres Verfahren, das nur deshalb nicht ausstirbt, weil der Bedarf an *Total-Rechtfertigungen* offenbar nie zu decken ist: Wirtschaft, Staat, Gesellschaft usw. sollen nicht als diese besonderen, die wir heute vor uns haben, betrachtet, gewürdigt, für gut oder schlecht befunden werden, sondern ganz grundsätzlich – gewissermaßen ein für alle Mal und ohne Betrachtung seiner /ihrer tatsächlichen Eigenschaften als gut, weil für den Menschen nötig, aus seiner Natur abgeleitet werden. Wenn die Erziehungswissenschaft dieselbe Frage bezüglich der Erziehung stellt, verhält es sich nicht anders.

Blöde Frage Nr. 2: „Darf man erziehen?“

Jede Gesellschaft der Weltgeschichte hat ihren Nachwuchs erzogen – und zwar immer genau dazu, was er später eben tun sollte: Bei den Spartanern mussten die Jungen kämpfen und Krieg führen lernen, die Indianderkinder jagen und fischen, die Kinder des europäischen Mittelalters ein Handwerk, und in der kapitalistischen Industriegesellschaft lernen die Kinder auch das, wozu man sie später braucht: wenige Gescheite sollen da beim Erziehungsprozess herauskommen und viele Dumme, weil der Arbeitsmarkt das so nachfragt. Die Beurteilung der Erziehung in einem Land fällt voll zusammen mit einem Urteil über das ‚Wofür‘ der Erziehung; ob man den Kindern damit Gutes tut oder nicht, hängt völlig ab davon, ob es gute und vernünftige Rollen sind, die sie als Erwachsene spielen sollen. Von genau dieser Frage und ihrer Beantwortung will die Erziehungswissenschaft an der Uni nichts wissen. Sie stellt lieber *jede* Erziehung ebenso grundsätzlich in Frage:

„Welches Recht hat eigentlich der Erzieher, ein solches Tun ...auszuüben? Was gestattet es dem Kind, oder was nötigt das Kind dazu, sich erziehen zu lassen, und das heißt: in gewissem Sinne über sich verfügen zu lassen?“

(Arbeitsbuch Pädagogik, Hrsg. Fischer, S.10) –, wie sie mit ihrer Antwort: „Man darf nicht nur erziehen, man muss!“, *jede* Erziehung zu jeder denkbaren Funktion absignet. Und das, weil sie die *Sachfrage* dessen, was man einem Kind beibringt, gegen die *Freiheitsfrage* umtauscht, ob man ein Kind „lenken, führen, gängeln, nötigen und bevormunden“ dürfe. Ein Kind, das zumindest am Anfang sowieso nichts weiß und nichts Bestimmtes will, *muss* doch sowieso etwas lernen, was es nicht nachgefragt hat. Und da begründen Erzieher ihr Tun nicht damit, was sie dem Kind beibringen wollen, sondern stellen und beantworten sich die absurde Frage, mit welchem Recht man dem Kind überhaupt etwas beibringen darf, was es selbst nicht verlangt. Es stimmt verdächtig, wenn Leute sich die Frage stellen, ob sie andere herumdirigieren dürfen – und sich darauf sehr grundsätzliche Antworten geben.

Der Mensch – eine instinktarme, aber weltoffene Frühgeburt

Nun könnte man auf die Pädagogen-Frage, ob man überhaupt erziehen darf, ja das unfertige Kind ehrlich mit dem erwachsenen Menschen vergleichen und daran feststellen, was das Kind alles lernen oder sich antun muss, bis es auch so wird. Aber – man merkt es gleich – das Verfahren ist den Pädagogen nicht grundsätzlich genug: Sofort käme die Frage auf, ob die Kinder überhaupt so werden sollen wie die Alten und ob das Leben bei uns richtig eingerichtet ist. Das „Recht zur Erziehung“ fiele relativ aus, denn so klar wäre es auch nicht,

worauf wir die lieben Kleinen nun hinbiegen dürfen.

Hier leistet die Anthropologie gute Dienste. Sie bemüht sich um eine quasi-biologische Antwort, die den Vorzug hat, ausdrücklich nur vom Kind als solchem zu reden, ganz ohne Bezug auf die Erwachsenenwelt, jenseits aller Gesellschaften, Zivilisation und Kultur. Das nackte Wesen selber schreit nach Erziehung – so die Antwort der Anthropologen –, mit ihrer paradoxen Behauptung, das Menschenkind sei ein Wesen, das sich durch die Eigenschaften auszeichnet, die es nicht hat: ein „Mängelwesen“! Biologisch gesehen stimmt die Behauptung nicht: Lebensfähig sind die Menschenbabies, sofern sie keine wirklichen Frühgeburten sind – sehr wohl. Gesäugt werden müssen sie, wie alle Säugetiere, bis sie andere Nahrung vertragen.

Seit die Menschen sich nicht mehr von den Beeren des Waldes ernähren, sondern vermittelt halbautomatischer Fabriken, müssen die Kinder diese Weise der Nahrungsmittelbeschaffung erst erlernen – nicht um zu essen, das können sie schnell, sondern um sich das Geld dafür zu verdienen. Das aber liegt nicht an ihrer Natur, sondern an Wirtschaft und Technik der Erwachsenen. Tiere brauchen *das* nicht – aber nicht, weil sie *das* mit ihren In-

„BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE KALKULATIONEN MIT DEM GANZEN ARBEITSLEBEN“ Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

tete Produktivität an einem modernen Arbeitsplatz mit so viel Arbeitsintensität und Inanspruchnahme von Hirn, Muskel und Nerv der Arbeitsplatzbesitzer einhergeht, dass die bereits nach ein paar Jahren zunehmende Anzeichen von Verschleiß aufweisen. Und das hat ihn auf seine „brillante“ Idee gebracht: Wenn die Leute schon mit 45 ziemlich verschlissen sind, dann muss man sie – nicht etwa: dann kürzer treten lassen; und schon gleich nicht: in ihrer Jugend schonender behandeln, damit es soweit gar nicht erst kommt, sondern: – bis dahin mehr rannehmen und mehr aus ihnen rausholen. Diese Mehrleistung muss selbstverständlich drin sein in dem Preis, den die Betriebe für die auf 35 Stunden berechnete Arbeitswoche ihrer Mitarbeiter bislang bezahlen. Die passende Lohnform, die diese Mehrleistung in der bezahlten Arbeit einschließt, ergibt sich für Hartz „folglich“ ganz „einfach“ daraus, dass man die 35 Wochenarbeitsstunden als Durchschnitt auf ein ganzes Berufsleben berechnet, in dem sich die tatsächlich gearbeiteten Wochenstunden ganz aus der freien Kalkulation des Kapitals mit der Arbeitskraft ergeben. Schon dran gewöhnt, dass Überstunden- und Wochenendzuschläge vom Lohnzettel gestrichen sind und der versprochene Ausgleich von Guthaben der – bei VW schon länger eingeführten – Jahresarbeitszeitkonten am Ende eines Arbeitsjahres regelmäßig auf unbestimmte Zeit verschoben wird, darf der Arbeiter dies nach den Vorstellungen von Hartz jetzt als Prinzip der Entlohnung für seine Lebensar-

VORWEIHNACHTLICHE SPENDENAKTIONEN Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

den Ursachen der Not, sie bleibt nach seinem Verzehr genau dieselbe wie davor. So macht das gute Gewissen des weihnachtlichen Menschenfreunds meist schon beim Gang auf die Bank und beim Ausfüllen des Spendenformulars nicht mehr so recht froh. Die unchristliche Lauheit in Sachen Spendenlust während des sonstigen Kirchenjahres muss einem ja hier wohl oder übel einfallen – auch ein Punkt, an dem man merken könnte, dass Almosen die Not nicht verkleinern, sonst müssten sie nicht dauernd wieder gegeben werden. Statt sich ein schlechtes Gewissen zu machen und sich mit den Mutter Teresas und Karl-Heinz Böhms zu vergleichen, die das ganze christliche Jahr hindurch mit der Betreuung kapitalistisch produzierter, weltweiter Hungerbäuche und Leichen beschäftigt sind, sollte man hier eine kurze Denkpause einlegen: Sollte man wirklich die Herstellung der Not durch Staat und Kapital mit seinem eigenen schlechten Gewissen begleiten, damit diese umso un-

stinken abwickeln, sondern weil *das* die Tierwelt überhaupt nicht betreibt.

Dass die Pädagogen ihre biologische Theorie so wörtlich gar nicht genommen haben wollen, sondern mehr „metaphorisch“, nützt nichts: Der Mensch-Tier-Vergleich wird mutwillig für das Bild zurecht konstruiert, dass der Mensch ein schlechtes Tier wäre, aber durch Erziehung viel besser als ein Tier wird; Der Vergleich setzt menschliche und tierische Eigenschaften qualitativ gleich, um einen quantitativen Unterschied zu „beweisen“. Da wird erstens mit der Kategorie der „instinktsicheren Anpassbarkeit“ die völlige Unterworfenheit des Tieres unter seine Umwelt, von der es tatsächlich nur ein Teil ist, zur sinnreichen Schöpfung (oder vernünftigen Natur) aufgepeppt: die Kuh frisst Gras und verdaut es in zwei Mägen. Sie ist herrlich angepasst, denn hätte sie keine zwei Mägen, wie sollte sie in ihrer Weise das Gras verdauen? Der Frosch lebt im Wasser. Er ist gut angepasst, denn hätte er keine Schwimmhäute... Die Begeisterung, dass Tiere nichts falsch machen können, ist nur die andere Seite der Wahrheit, dass sie nichts richtig machen können. Sie machen, was sie machen, und wenn die Bedingungen nicht danach sind, verrecken sie halt. Zweitens fehlt dem neugeborenen Menschenjungen dieser Instinkt nicht, wenn es erst lernen muss, in einer technisch-zweckmäßig eingerichteten Welt zu rechtzukommen. Überhaupt hat der Mensch *kein Anpassungsproblem*, das er anders (vielleicht gar besser) löst als das Tier, wenn er sich

beizzeit akzeptieren. Der Witz daran: Je länger der Abrechnungszeitraum veranschlagt wird, in dem für eine Durchschnittsarbeitszeit ein fixer Lohn bezahlt wird, desto mehr Freiheiten in der Beanspruchung der Arbeitskraft erwirbt sich das Kapital mit der Bezahlung dieser fixen Größe. Durch die Ausdehnung dieses Prinzips aufs ganze Arbeitsleben spielt für die Entlohnung der Unterschied zwischen Normalarbeitszeit (pro Tag, pro Woche, pro Monat, jetzt sogar pro Jahr) und Zusatzarbeit endgültig keine Rolle mehr. Gleichgültig dagegen, in welcher Phase seiner „demographischen Arbeitszeit“ er sich gerade befindet, bekommt der Arbeiter monatlich einen Durchschnittsbetrag ausbezahlt. Wie viel Stunden er für diesen Betrag arbeiten muss, ergibt sich nach dem oben dargelegten Muster aus dem Interesse des Kapitals, möglichst viel Leistung aus ihm herauszupressen. In der ersten Phase, wenn er noch mehr leisten kann, hat er daher mehr Stunden für diesen fixen Betrag zu arbeiten. In dieser Phase kreditiert er seinen Betrieb als stolzer Besitzer eines anwachsenden „Zeitguthabens“, das sich von sonstigen Guthaben nur dadurch unterscheidet, dass es keine Zinsen abwirft. Ein kleiner, aber feiner Zusatzgewinn: Für die fünf Stunden zusätzliche Arbeit pro Woche streicht das Unternehmen nicht nur den Profit schon laufend ein, sondern lässt sich den für das Zustandekommen dieses Ertrags unverzichtbaren Kostenfaktor ‚Arbeit‘ auch noch von seiner Belegschaft über Jahre hinaus vorfinanzieren. Dieser zinslose Kredit läuft dann weiter in der zweiten Phase, in der die tatsächliche Arbeitszeit durchschnittlich der Durchschnittsarbeitszeit entspricht. Und wenn der Arbeiter dann glücklich das 55. Lebensjahr erreicht hat, bricht für ihn die Zeit an, in der er durch ein paar Arbeitsstunden

generierter weitermachen können? Letztlich ergänzt man doch bloß die Opfer, zu denen andere gemacht worden sind, durch sein eigenes. Man sollte sich also nicht vormachen lassen, dass den „Armen“ eigentlich nur unsere Hilfe abgeht, und sich gegen solch zynische Vorstellungen wie die folgende verwarren:

„Hilfe kann bereits ein Schritt im Gedränge sein, eine Geste, ein einfacher Satz, ein Zeichen, dass man den Mitmenschen sieht, nicht an ihm vorbeiblickt. Hilfe... bewirkt mehr als nur die Linderung der akuten Not. Sie nimmt auch jenes so verzweifelte Gefühl der völligen Verlassenheit...“ (Süddeutsche Zeitung)

Kaltschnäuzig wird hier vorgeschlagen, man solle einer x-beliebigen Oma, die zu spüren kriegt, dass kein Bedarf nach ihr besteht, einfach so zum Spaß vormachen, sie würde doch noch gebraucht und geliebt werden (eine saubere Liebe, auf die man als Dank für Dienste Anspruch erhebt!).

Damit ist Hilfe auf ihren dürftigen Kern gebracht: Sie ist die geheuchelte Anerkennung des moralischen Werts des Hilfsbedürftigen.

*

seine Umwelt nach seinen Anliegen einrichtet – wie die Anthropologen selber mitteilen: Jetzt ist plötzlich der Nachteil sein Gegenteil – ein Vorteil!

„Was auf dieser Stufe als Wesenszug des Menschen im Vergleich zum Tier sichtbar wird, ist die geringe Entwicklung seiner Instinkte, seine „Weltoffenheit“, seine Umweltunbundenheit. Es gibt keine Umwelt für den Menschen, wie man sie für ein Tier meistens angeben kann. Unserer ganzen Daseinsart entspricht es im Gegenteil, in irgendeinem vom Menschen aufgesuchten Naturbereich sich eine besondere ‚Welt‘ zu schaffen.“

(Hierdeis, Basiswissen Pädagogik I, 167 f.)

Damit wird endgültig der ganze Vergleich von Mensch und Tier hinfällig. *Angepasstheit* – das gemeinsame Dritte, der Vergleichsmaßstab – existiert gar nicht: *weder als Leistung des Tieres, noch als Anforderung an den neuen Menschen*.

Der Mensch-Tier-Vergleich der Anthropologen erbringt also nicht nur eine sehr fragwürdige Rechtfertigungsleistung, er ist auch für sich unhaltbar. Wer natürlich weiterhin glauben will, dass *Erziehung ein Auftrag* ist, den ausgerechnet das nackte Baby, das nichts weiß und nichts will, erteilt; dass gleichgültig was für eine Erziehung in jedem Fall ein guter Dienst am Kind ist, der wird den Gedanken weiterhin pflegen, nach dem der Mensch ein unfertig geborenes Tier sei, bei welchem die Erzieher während 15 Lebensjahren sehr umständlich ein zweites Schwangerschaftsjahr ersetzen (Portmann) und künstlich Instinkte imitieren.

weniger pro Woche in den Genuss seines Guthabens kommt. Maximal 10 Jahre Minderarbeit bleiben ihm dann noch, um sein durch ca. 25 Jahre Mehrarbeit erworbenes Guthaben abzufeiern.

So jedenfalls der Idee nach. Denn so viel steht jetzt schon fest – und ist durch die Erfahrungen mit der Jahresarbeitszeit und dem Ausgleich entsprechender Konten längst verbürgt –: dass die Praxis dieser Idee ein wenig anders aussieht. Auf alle Fälle wird der Hauptteil des Arbeitslebens erst einmal länger gearbeitet, und ohne diese Vorleistung, ohne dass der Arbeiter erst einmal Jahre lang seine eigene Ausbeutung zinslos vorfinanziert, geht die Rechnung für ihn am Ende seines Arbeitslebens garantiert nicht auf. Was dann aus seinem Guthaben wird, das wird sich zeigen; und hängt von lauter Imponderabilien ab. Er muss ja sein ganzes Arbeitsleben erst einmal durchstehen, er darf nicht arbeitslos werden, sein Arbeitgeber darf nicht Pleite gehen und er darf auch nicht zu früh den Löffel abgeben – sonst sind größere Teile seines Lohns einfach dahin. Mit dem Eintreten eines oder mehrerer dieser Risiken des modernen Fabrikarbeiterlebens steht absehbarerweise die Bezahlung der bereits abgeleisteten Mehrarbeitsstunden in Frage. Darum, dass die von ihm erbrachte Arbeit überhaupt bezahlt wird, darf sich der Arbeiter dann extra noch kümmern.

Die Rechnungen, die der VW-Personalchef mit dem Lebensarbeitszeitarbeiter anstellt, schließen zu guter Letzt auch noch eine betriebliche Fürsorge für diesen nützlichen, dem Kapital total verfügbaren Dienstleister seines Betriebs ein, die geradezu rührend ist. Damit die Belegschaft den im Laufe eines Arbeitslebens durch alle möglichen Rationalisierungen tausend Mal umgekrepelten Anforderungen des Betriebs gewachsen bleibt; damit sie ihr Arbeitsleben, so wie der Betrieb es einrichtet und immer wieder durcheinander wirft, also überhaupt hinkriegt, bietet VW ihr einen Service an, der zwar obligatorisch ist, der von ihr aber schon aus eigenem Interesse an der Bewahrung ihrer lohnabhängigen Existenz angenommen werden sollte:

„Jede Woche sind ein paar Stunden für die obligatorische Qualifikation und das Training neuer Techniken veranschlagt... Diese Stunden dienen der Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit.“

Ein paar Zusatzstunden dafür, dass man sich für den Betrieb fit hält, sind also auch noch fällig. Aber die bringt der VWler ja gerne im Betrieb rum, wenn sie der eigenen „Beschäftigungsfähigkeit“ dienen. Diese Wortschöp-

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 unten

**Sozialistische Gruppe
Erlangen Nürnberg (SG)**
c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de
E.i.S.; V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

Unser aller Sorgenkind – ‚der Mittelstand‘

Wenn die Opposition der Regierung vorwirft, sie rette publizitätsträchtig immer nur die Großen vor dem Bankrott, während „der Mittelstand“ leise stirbt; wenn die wieder gewählte Regierung öffentlich verspricht, alles Erdenkliche für „die Förderung des Mittelstandes“ zu tun; wenn die Öffentlichkeit mit einschlägigen Statistiken den drohenden Niedergang „des deutschen Mittelstands“ beschwört – soviel steht alle Mal fest: Hier handelt es sich um einen Stand, der unser aller Sorge und Anteilnahme *verdient* und *braucht*.

1. „Der Mittelstand“ verdient unser aller Sorge und Anteilnahme

Sie sind nämlich die *Basis* ‚unseres Wachstums‘, von dem wir alle leben, die vielen ‚kleinen‘ aber umso feineren Unternehmen, die mit 5 bis 500 Beschäftigten den „Mittelstand“ ausmachen und den größten Teil ‚unseres Brutto-sozialprodukts‘ erarbeiten. Wenn sie ihrem Geschäft nachgehen, dann mehren sie nicht bloß ihren privaten Reichtum. Der Profit, den sie erwirtschaften, das ist das Rückgrat ‚unserer Wirtschaft‘. Sie leisten mit ihrem geschäftlichen Tatendrang einen, ja den alles entscheidenden nationalen Dienst: Sie mehren den nationalen Reichtum.

Damit sind sie es auch, die vornehmlich das knappe Gut stiften, von dem so viele in der Nation abhängen: ‚Beschäftigung‘. Wer stellt denn 99,7% aller deutschen Unternehmen, wer beschäftigt denn 60% aller deutschen Beschäftigten? Na also. Wenn sie gemäß ihrer Kosten-Überschussrechnung Leute anstellen und entlassen, wenn sie eine mehr oder weniger große Betriebsmannschaft für ihren Profit arbeiten lassen, dann schaffen sie unermüdlich und mit enormem persönlichen Aufwand die begehrten ‚Arbeitsplätze‘, mit denen sie Millionen im Land bedienen.

Sie gehören nicht zu den kapitalistischen Nutznießern, die nur ihr Geld arbeiten lassen. Sie sind das Kapital, das ‚schafft‘, so dass sie über jeden noch so leisen Verdacht unverdienter Bereicherung erhaben sind. Schließlich sind sie nicht die großen anonymen Betriebsgesellschaften, in denen angestellte Manager im Dienste des ‚shareholder value‘ die Unternehmensgeschicke managen. Sie nehmen persönlich das Risiko auf sich, das die Konkurrenz um die zahlungskräftige Kundschaft mit sich

bringt, und riskieren ihr eigenes Geld, wenn sie es vermehren lassen. Recht besehen lassen sie nicht für sich arbeiten, sondern arbeiten *sich* beim Geschäftemachen unermüdlich ab. Die Beschäftigten dürfen also dankbar sein, wenn ihre Anwender – ganz ‚persönlich‘ in ihrer verantwortlichen Führungsposition des Eigentümers und Betriebschefs – sie zu den Bedingungen antreten lassen, die das schwere Geschäft erfolgreicher Gewinnmaximierung nun einmal verlangt. Das Kommando ihrer Chefs sorgt für ein persönliches Betriebsklima. Auch und gerade dann, wenn sie dabei den Tarifvertrag nicht immer unter dem Arm tragen, machen sie sich um eine echte Betriebsfamilie verdient, in der der Chef, soweit es Zeit und Umstände zulassen, noch Kontakt zu seinen ‚Mitarbeitern‘ hält und deren bewiesenen Einsatz für den Betrieb dann auch höchstpersönlich würdigt.

Der Einsatz dieser vielen unermüdlich schaffenden, wagemutigen Unternehmer ist es, der den nationalen Standort zur ‚blühenden Landschaft‘ macht. Sie unterliegen nicht dem Verdacht, wie die Multis mit ihren internationalen Standortentscheidungen immer wieder einmal ihre Pflichten gegenüber den Wachstums- und Beschäftigungsinteressen auf dem deutschen Standort zu vernachlässigen, weil ihr Geschäft hier seine ‚Heimat‘ hat. Sie sind in jedem Fall dem Gemeinwesen eng verbunden, im Lande verwurzelt, regional oder national engagiert. Kurz: Sie sind verlässliches deutsches Geschäft, indem sie sich in enger Kooperation mit der Politik hier im Land um den Aufschwung bemühen, so dass es im Prinzip in Ordnung geht, wenn sie sich bei den politisch Zuständigen Gehör und Aufträge verschaffen, wenn sie deutsche oder auch ausländische Billigarbeitskräfte deren Erledigung besorgen lassen und vom hiesigen Boden aus nach Ausdehnung ihres Geschäfts ins Ausland und nach wachsenden Exporterfolgen streben. Und sie sind als das ‚kleine‘ Unternehmertum immer bedroht von den mächtigen, die Konkurrenz beherrschenden Unternehmen und von ausländischen Konkurrenten, die ihnen den angestammten nationalen Markt streitig zu machen versuchen. Wenn sie nichts anderes im Sinn haben, als ihre profitablen Geschäfte auszuweiten, mit Kredit neue Geschäftsgelegenheiten zu eröffnen, neue Marktpositionen im Land und auswärts zu erobern, kurz: größer zu werden – und irgendwann oder auch

gleich den Sprung an die Börse zu schaffen, dann kämpfen sie darum, der oft übermächtigen Konkurrenz stand zu halten und behaupten sich mit Geschick und Durchsetzungsvermögen auf einem schwierigen Markt.

Kurz: Dieser ehrenwerte Stand vom Handwerker bis zum Maschinenbauunternehmen mit Milliardenumsatz in Familienhand ist das personalisierte Sinnbild der erfolgreichen Privatbereicherung, die den Reichtum der Nation ausmacht, der Repräsentant des staatlichen Interesses an kapitalistischer Nutzung von Land und Leuten, also an umfassender Mehrung dieses Reichtums auf dem von ihm betreuten Standort und von ihm aus – mithin *das Kapital als nationale Institution*, Inbegriff des Interesses am flächendeckenden Gelingen der kapitalistischen Konkurrenzveranstaltung auf deutschem Boden. Und als solches bevorzugtes nationales Sorgeobjekt.

2. „Der Mittelstand“ braucht unser aller Sorge und Anteilnahme

Denn bei seinem unermüdlichen Streben geht es ihm *notorisch schlecht*. Kein Wunder. Schließlich sind seine Mitglieder, wie gesagt, die ‚kleinen‘ und damit ja wohl von Haus aus gefährdeten Unternehmungen. Wenn sie ihr Geschäft nach Kräften vorantreiben, sich Marktanteile und Marktnischen erobern, Konkurrenten vom Markt verdrängen, kurz: um Profitmaximierung konkurrieren und ihre Gewinne mehren, dann sind sie eigentlich immerzu in *Schwierigkeiten*, weil immer viel zu klein, *bloß* regional und national präsent, *nur* mit ihrem privaten geschäftlichen Tatendrang und eigenem Kapital bei ihren risikoreichen Unternehmungen unterwegs, zu ständigen *besonderen* Konkurrenzanstrengungen, zu besonderem ‚Einfallreichtum‘ und unternehmerischem ‚Geschick‘ genötigt, ohne dass ihnen gleich die *ganze Welt* und *schrackenlos* Kredit für erfolgreiches ‚Engagement‘ zur Verfügung steht. So sind sie dann bei Strafe des Untergangs zum Erfolg und zum Größerwerden verurteilt, wollen sie sich in einem immerzu *besonders schwierigen* Umfeld behaupten. Kurz: Sie sind der *Inbegriff des Kapitals in Nöten*.

Also bedürfen sie in unser aller Interesse der besonderen *staatlichen Fürsorge*. Sie brauchen nicht bloß staatliche Aufträge und Subventio-

Radio Lora vom 27.10.2003

Die wöchentlichen Analysen der Redaktion des GEGENSTANDPUNKT in Radio Lora können nachgelesen werden unter:
<http://gegenstandspunkt.lora924.de>

GEGENSTANDPUNKT 3-03

Sozialpolitik als Wegwerfaktion - oder: Das Leiden von Staat und Kapital an ihren Stqandorten muß ein Ende haben

„Strukturelle Reformen in Europa“ Sozialstaatlicher „Systemwechsel“ in Deutschland

Der letzte Arbeitskampf der IG Metall Die Modernisierung Österreichs Staats- und Rentenreform auf französisch

EU will die Neue Weltordnung nicht den Amerikanern überlassen. Das heißt: Von Europa muß mehr Gewalt ausgehen!

Die argentinische Krise

Ein Fall von innovativem Dollar-Imperialismus

GEGENSTANDPUNKT 4-03 erscheint im November 2003

Im Buchhandel erhältlich:

Ex Libris, Bismarkstr.9, 91054 Erlangen
Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn,
Bahnhofspl.9, 90459 Nürnberg,
Die Bücherkiste, Schlehengasse 12,
90473 Nürnberg
Hugendubel, Ludwigpl. 1, 90473 Nürnberg
Rüssel, Frankenzentrum, Glogauerstr. 38,
90403 Nürnberg

Bestellungen beim GEGENSTANDPUNKT-Verlag, Türkenstr. 57, 80799 München
Tel.:089/272 16 04; Fax: 089/272 16 05
E-Mail: gegenstandspunkt@t-online.de
Internet: www.gegenstandspunkt.com

„BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE KALKULATIONEN MIT DEM GANZEN ARBEITSLEBEN“
Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4 unten

fung hätte es eigentlich verdient, als ‚Wort des Jahres‘ gewürdigt zu werden: Ein Unternehmen braucht allzeit und allseits flexible Arbeitskräfte und es richtet sich diese unter zusätzlicher und unbezahlter Inanspruchnahme der Zeit seiner Mitarbeiter her – und drückt das dann als Dienst an einer Eigenschaft seines Ausbeutungsmaterials aus: Das darf sich glücklich schätzen, dass an ihm die Bedingungen ausgebildet werden, die das Interesse des Unternehmens an seiner Benutzung erhalten. Und das auch noch mit Aufstiegschancen:

„Nur wer sich bildet, kann auch aufsteigen von körperlicher Tätigkeit zu solcher am Steuerpult.“

*

Und was sagt die Gewerkschaft dazu? Die „be-grüßt“ die Vorschläge von Hartz ganz grundsätzlich als Beitrag zu mehr Zeitsouveränität und Beschäftigungssicherung. Sie hält seine Überlegung, wie sich die Leistungskraft des Arbeitsmenschen noch besser ausnutzen lässt, „für einen sehr interessanten Gedanken“ (Frau Engelen-Kefer), lässt sie sich doch als konstruktive Einlassung auf ihre Errungenschaft einer 35-Stunden-Woche verstehen. Immer dabei, wenn es auf Grund neuer Umgangsweisen des Kapitals mit der Arbeitskraft etwas zu regeln gibt, sieht sie auch in diesem Fall einigen Regelungsbedarf. An den hinterletzten Konsequenzen einer leistungssteigernden und die Arbeit verbilligenden Reformierung der Arbeitszeit steigt sie ein und verlangt nach verbindlichen rechtlichen Regelungen für alle möglichen Eventualitäten, mit denen sie in Kenntnis der Gegenseite jetzt schon feste rechnet: Um sein Zeitguthaben darf der Arbeiter aber nicht beschissen werden, da will sie ganz genau hinschauen. Außerdem will sie mithelfen, „die praktischen Schwierigkeiten zu lö-

sen, die dann entstehen, wenn ein Jüngerer länger arbeitet, dann aber den Arbeitgeber oder gar die Branche wechselt.“ Von den Erbschaftsfragen, die erst einmal geklärt sein wollen, damit sich Arbeiterwitwen nicht um das Zeitguthaben ihres leider zu früh verstorbenen Gatten betrogen sehen, ganz zu schweigen.

Die Arbeitgeber, die den Hartz-Vorschlägen auch grundsätzlich positiv gegenüber stehen, haben ebenfalls ihre Probleme mit ihnen. Ihren Nerv trifft Jonas Vierung in einem Kommentar für die Süddeutsche Zeitung: „Die Lebensarbeitszeit geht in die richtige Richtung. Tatsächlich können eben Ältere nicht ewig ranklotzen – viele Jüngere aber haben sogar Spaß daran, es ist für sie ein Teil von Selbstverwirklichung.“ Bei allem Lustgewinn, den die Hartz-Vorschläge für die Arbeiterjugend versprechen, darf man aber einen Nachteil nicht übersehen, an den bislang noch niemand gedacht hat: „Hartz‘ Fixierung auf die 35 Stunden-Woche ist allerdings zu eng. Schon heute arbeiten sehr viele Menschen länger, als in ihrem Tarifvertrag steht.“ (SZ, 19.9.03) Ganz verkehrt wäre es, die Lebensarbeitszeit auf die Grundlage einer durchschnittlichen 35-Stunden-Woche zu stellen. Das wäre einfach realitätsfremd und würde den Zeichen der Zeit nicht gerecht. Die deuten in Gestalt von lauter neuen Forderungen von Seiten der Arbeitgeber nämlich genau in die umgekehrte Richtung; sie zielen auf ein Aufräumen mit jeder an einem zeitlichen Maß orientierten Arbeitszeitregelung – dergleichen nehmen die Arbeitgeber grundsätzlich als Beschneidung ihrer Freiheit. Außerdem fordern sie die Wiedereinführung des Samstags als zuschlagfreien Werktag; z. B. mit der Begründung: „Die Leute gehen doch eigentlich gern zur Arbeit, das ist doch kein Frondienst.“ (Vorstandsvorsitzender von Siemens, Heinrich von Pierer, 17.9.03) Die Freiheit des Unternehmers ist der Lebenszweck seiner Mitarbeiter! Ja, dann.

nen, sondern eine Fürsorge, die sich ihrer Konkurrenznöte umfassend annimmt und sie grundsätzlich angeht. So nämlich, dass ihre Konkurrenzfähigkeit trotz notorischen Kapitalmangels endlich auf den Stand gebracht wird, der ihren gewinnträchtigen Erfolg garantiert. Dieser Erfolg hängt eben doch nicht so sehr an Erfindungsreichtum, Wagemut und finanzieller Risikofreude, sondern an der Masse von Kapital und Kredit, um die „Arbeitsplätze“ zu finanzieren, die lohnende Anwendung von Arbeitskräften gewährleisten. Weil es ihnen daran nach allgemeinem Dafürhalten allzu sehr mangelt und weil ihnen aufgrund fehlender Kapitalgröße das unternehmerische Fortschritts-Mittel, durch ‚technologische Innovationen‘ und ‚Rationalisierungen‘ bezahlte Arbeitskräfte überflüssig zu machen, ja oft auch wirklich nicht im gleichen Maße wie den ganz großen Unternehmen zu Verfügung steht, sind sie – da ist sich die Anteil nehmende Öffentlichkeit einig – im besonderen Maße darauf verwiesen, sich dann eben umso mehr an ihren Arbeitskräften schadlos zu halten. Sie haben einen besonders hohen Beschäftigten-, und damit ‚Lohnkostenanteil‘. Also steht auch fest, dass sie mehr als alle anderen Unternehmen unter den Hindernissen leiden, die ihnen beim Beschäftigten mit den Bezahlungs- und Arbeitsregelungen in den Weg gelegt werden. Von einem Staat, der den Gewerkschaften viel zu viel Rechte und Einfluss einräumt, der mit Normal- und Überstundenregelungen, mit Kündigungsfristen und Arbeitsschutzbestimmungen – und mit seinen staatlich geregelten sozialen Lohnanteilen schon gleich – dem freien Unternehmertum das Unternehmen immerzu nur schwer macht. Sie brauchen einfach mehr Freiheit, sich ihrer lieben Mitarbeiter so rücksichtslos zu bedienen, wie es für das Gelingen ihrer Unternehmung einfach erforderlich ist. Dass es ihnen daran notorisch fehlt, das sieht man schon daran, dass sie in ihren Betrieben die schlechtesten Arbeitsbedingungen schaffen und die niedrigsten Löhne zahlen, dass sie bei Arbeitszeit und Bezahlung ständig die tarifvertraglichen Grenzen ausreizen oder auch übertreten. Folglich muss darüber nachgedacht werden, wie man die Kostenbelastung, die Beschäftigte ja nun einmal sind, auch ohne die Kosten senkende Steigerung der Produktivität senken kann. Und siehe da: Man kann, wenn man nur wagemutig genug an überkommene soziale Besitzstände herangeht, die der wachstumsorientierte „Mittelstand“ ohnehin nie einfach hat gelten lassen. Wenn diese Unternehmerrmannschaft mit ihrer *betrieblichen Praxis* des Beschäftigens schon so unabweisbar klarstellt, welche Freiheiten sie – Staatsauf-lagen hin oder her – beim lohnenden Umgang mit ihren werten Mitarbeitern beansprucht, dann steht ihnen auch die *staatliche Befreiung* von Lasten des Lohnzahlens, von Grenzen des Leistungseinforderns sowie von Auflagen beim Einstellen und Entlassen; kurz: die möglichst billige und freie Verfügung über Arbeitskräfte einfach zu. Allzu viele Rücksichten auf die Beschäftigten kann sich der um ausreichende Erträge kämpfende Mittelstand einfach nicht leisten, wenn er seinem Auftrag, ‚Arbeitsplätze‘ zu ‚schaffen‘, nachkommen soll.

So ist der „Mittelstand“ schließlich *anerkannter Vorreiter in Sachen Billiglohn* und Befreiung von tariflichen Regelungen, das Synonym für die volkswirtschaftliche Notwendigkeit von Niedriglöhnen. Und damit spätestens ist dieser nationale Stand dann auch kein Kontrahent der ‚großen‘, der nationalen und internationalen Konzerne mehr, er ist das Synonym für das generelle Anrecht des Kapitals auf bedingungslose Staatsunterstützung: für den Anspruch auf staatlich geregelte Ausbeutungsbedingungen, die dem Kapital die *rücksichtslose Mobilisierung von unbezahlter Arbeit* garantieren. Immer, wenn vom „Mittelstand“ die Rede ist, steht also

Nachdruck aus GEGENSTANDPUNKT 4-02

Kritik und Jubel anlässlich des „Scheiterns“ der Welthandelsrunde in Cancún

1.

So gut wie alle Nationen der Welt hatten sich im mexikanischen Cancún zu einer „Weltwirtschaftsrunde“ der „Welthandelsorganisation“ („World Trade Organization“ – WTO) versammelt. Eine solche Runde ist schon einmal für „gescheitert“ erklärt worden, in Seattle, und beim darauf folgenden Treffen in Doha konnte man sich nur mit Mühe und Not auf eine Tagesordnung verständigen, die in Cancún abgearbeitet werden sollte. Daraus wurde nichts, denn die „Gruppe der 21“, angeführt von Brasilien, Indien und China, lehnte die Vorschläge der großen Wirtschaftsnationen ab, mit denen sie – in erster Linie die USA und die EU – das Regelwerk der WTO weiter ausbauen wollen, das sich mit dem internationalen Waren- und Kapitalverkehr befasst. Die „Gruppe der 21“ „verweigert sich“ – so nennen das die Verhandlungsführer aus Nordamerika und Europa – aus „Egoismus“, weiß unsere Wirtschaftspresse.

In der macht sich Unmut breit. Diese „Verweigerung“ sei unverständlich und werde schlimme Folgen nach sich ziehen: Eine weitere Ausgestaltung der WTO-Regeln mit dem Ziel der „Liberalisierung“ und „Öffnung“ würde zu einer Ausweitung des Welthandels führen und einen „Wohlstandsgewinn“ erzeugen, der den „armen Ländern“ zugute käme und den gerade diese Staaten so dringend benötigten. Ganz im Gegensatz dazu die so genannten NGOs und die Globalisierungsgegner, wie z. B. Attac. Dort wird das „Scheitern“ bejubelt: Da habe die „Arroganz der Mächtigen“ doch mal einen ordentlichen Dämpfer erhalten; diese „Mächtigen“ würden nun einen „heftigen Gegenwind“ spüren aufgrund der „gestiegenen Verhandlungsmacht“, die die Entwicklungsländer demonstriert hätten. Der Jubel drückt Hoffnung aus: Die Chancen der armen Länder sollen sich verbessert haben.

Sowohl die Kritiker der „Verweigerung“ als auch deren Befürworter liegen schwer daneben.

2.

Die Kritiker der „Verweigerung“ predigen, „Liberalisierung“ und „Öffnung“ müssten unbedingt weitergehen, und sie malen ein schönes Zukunftsbild: Je ungehinderter von irgendwelchen staatlichen Einschränkungen Waren und Kapital durch die Welt zirkulieren, desto größer der dann produzierte „Kuchen“ – und weil der „Kuchen“ größer sein werde, hätten auch alle beteiligten Nationen die Möglichkeit, ihren Wohlstand zu mehren. Die Tatsache, dass die übergroße Mehrheit der Menschheit vom bislang produzierten „Kuchen“ sehr wenig abgekriegt hat und elendig arm ist, beirrt sie nicht – dann ist der „Kuchen“ eben noch nicht genügend gewachsen und dann muss eben für noch mehr Wachstum gesorgt werden. Dieses schöne Zukunftsbild ist ein Zerrbild der Konkurrenz, die auf dem Weltmarkt stattfindet. Worum es in der geht, kann man ja gerade dem Streit zwischen USA/EU und G 21 sehr gut entnehmen: Die führenden Weltwirtschaftsmächte fordern freien Verkehr für Industriewaren und Investitionen und schützen ihre Landwirtschaft mit Subventionen, Zöllen und Quoten; die G 21 verlangt freien Marktzutritt für Agrarprodukte und Schutz für die Industrialisierung der „armen Länder“ – warum wohl? Jeder Staat tritt für die Regeln ein, die seinem Standort am meisten nützen. Er ist für die „Liberalisierung“ der Märkte, auf denen er sich für seine Unternehmer dank deren größerer Konkurrenzfähigkeit Geschäfte auf Kosten der ausländischen Konkurrenten verspricht. Und er fordert nach Möglichkeit Ausnahmen von der Liberalisierung für die Produktionszweige, die der ausländischen Konkurrenz unterlegen sind. Es geht also auf den WTO-Konferenzen nicht darum, dass allen die möglichst gleichen Bedingungen verschafft werden, zur Produktion des „Kuchens“ beizutragen und sich anschließend das ihnen zustehende „Stück“ herauszuschneiden. Vielmehr geht es darum, vom Reichtum, der auf dem Weltmarkt produziert wird, möglichst viel dem eigenen Kapitalstandort zuzuschauen und andere davon auszuschließen. Beziehungsweise – was dasselbe ist: Staaten hüten und fördern ihren jeweiligen nationalen Kapitalismus

dafür, dass er dem Kapitalismus anderer Nationen den Reichtum in Geldform *abknöpft*. Dafür sind die Voraussetzungen in den verschiedenen Staaten sehr unterschiedlich, und sie werden durch die Konkurrenz nicht eingeebnet, vielmehr richten sich die Konkurrenzanstrengungen der Staaten darauf, Bedingungen, die ihren Standort begünstigen, zu erhalten und *auszuweiten*. Die Regeln, nach denen diese Konkurrenz ausgetragen wird – wofür die WTO steht –, ergeben sich daher nicht schieflich-friedlich oder werden gar von einer über den Staaten stehenden Instanz erlassen. Sie verdanken sich vielmehr dem Bemühen, das in dieser Konkurrenz herrschende Kräfteverhältnis in die rechtsförmliche Gestalt eines allgemein gültigen und anerkannten Regelkanons zu verwandeln. So wollen die einen – die Weltmarktmächte – ihren Vorteil dauerhaft sichern und andere Staaten darauf verpflichten, diesen Vorteil zu akzeptieren und zu bedienen. Eine „Modernisierung“ der Regeln betreiben sie mit der Absicht, die Abhängigkeit anderer Staaten von ihnen zu vertiefen und ihren Zugriff auf andere Staaten zu erweitern, also das Kräfteverhältnis zu zementieren. Die anderen sind gezwungen, sich diesen Regeln zu unterwerfen, sofern und solange sie ihre einzige Chance darin sehen, an diesem Weltmarkt teilzunehmen, obwohl sie unterlegen sind. Einvernehmlich geht es also dabei nicht zu: Die „Erarbeitung“ dieser Regeln geschieht als zwischenstaatliches Gerangel und Geschachere und es ist klar, dass sich dabei die Nationen durchsetzen, die die größte „Verhandlungsmacht“ haben. Über die verfügbaren die „führenden Wirtschaftsnationen“, weil sie die anderen Staaten von den wirtschaftlichen Beziehungen mit ihnen abhängig gemacht haben, so dass sie die mit dieser Abhängigkeit handfest erpressen können. Sie konfrontieren die anderen mit der schlichten Kalkulation: Es ist vorteilhafter, sich trotz aller schädlichen Folgen einer für sie nachteiligen Regel, d. h. dem Interesse der großen Wirtschaftsmächte, zu unterwerfen, das damit durchgesetzt wird, als sich den noch größeren Schaden einzuhandeln, den eine Verweigerung nach sich ziehen würde.

Wenn die Wirtschaftspresse für eine „Weiterführung der WTO“ plädiert, plädiert sie für die Fortsetzung und Perfektionierung der Weltmarkt Konkurrenz, und es ist zynisch, wenn sie dies im Namen der „armen Länder“ tut und behauptet, eine *Fortschreibung* dieses Regelwerks sei eine Wohltat für die unterlegenen Staaten, weil sich mit weiterer „Liberalisierung“ und „Öffnung“ endlich – nach so vielen Jahren – der erhsehnte „Wohlstandsgewinn“ einer weiteren Welthandelsrunde bei ihnen niederschlagen würde. In und mit diesen Regeln konnten sich diese Staaten nicht behaupten und sie können nun nicht plötzlich *ihr* Mittel sein. Sie waren und sind weiterhin das Mittel der Gewinner – und so treten diese auch auf.

3.

Erpresserisch nämlich – und damit haben sie in Cancún den Kritikern der WTO und Befürwortern der „Verweigerung“ reichlich Material für ihre schlechte Meinung geliefert. Auf die Forderung z. B. nach „verbessertem Marktzugang“ für Agrarprodukte der Entwicklungsländer haben sie nur mit offenkundigen Scheinzugeständnissen, also eher provokativ geantwortet. Sie haben produktbezogene Subventionen in persönliche Einkommenszuschüsse verwandelt und erklärt, diese Zahlungen hätten mit Subvention überhaupt nichts zu tun, da sie „Entgelte“ der Landwirte für „Landschaftspflege“ u. a. „Dienstleistungen zum Wohle der Allgemeinheit“ seien. Umgekehrt haben sie gerade von der „Gruppe der 21“ lauter Zugeständnisse ohne Gegenleistung verlangt, die im Großen und Ganzen darauf hinausliefen, alles was dort an inländischer Reichtumsproduktion läuft, ohne staatliche Einschränkungen der überlegenen auswärtigen Kapitalproduktivität auszuliefern. Bedroht von dieser Degradierung haben sich Brasilien, Indien, China usw. *diesem Schritt*, nicht der WTO selbst, „verweigert“. Bloß – ist es denn dann richtig, wenn die Globalisierungsgegner und NGOs für „die Schwächeren“ Partei ergreifen und denen „mehr Verhandlungsmacht“ wünschen?

Die SG veranstaltet regelmäßig einmal im Monat mittwochs einen Diskussionstermin. Näheres unter: www.sozialistischegruppe.de

Armut in der Dritten Welt

Wie es dort zugeht, weiß jeder: Hungerkatastrophen, verödete Landstriche, Aufstände und Plünderungen sind dort keine Ausnahme, sondern die Regel. Das findet niemand gut. Aber jeder weiß, warum das so sein muss: es liegt an den *spezifischen Umständen dort*.

z.B.
- an der dortigen *Bevölkerungsexplosion*. Deswegen hungern und verhungern die Menschen dort. Wie viele dürfen es dann denn höchstens sein, damit auch noch das letzte Hungermaul gestopft werden kann? Und was für ein begrenzter Futtertopf wird da überhaupt unterstellt, der angeblich nicht für die ausreicht, und wo kommt der her? Tun denn die Leute dort nichts als Konsumieren?

Oder:

- an der *Korruption* der dortigen politischen Eliten. Da fragt man sich nur, wie dick Dritte Welt-Staatsmänner sein müssen, um all das, was es in ihren Ländern gibt, zu verpressen, so dass für die Menschen nichts mehr übrig bleibt.

Oder:

- an der *Misswirtschaft*, die dort betrieben wird. Klar, die machen einfach alles falsch. Dabei haben die Verantwortlichen doch meistens an unseren Unis studiert, wie das Wirtschaften geht. Und jetzt sind sie zu blöd, um sich die „Goldene Bilanzregel“ zu merken? Und: Wie kommt man überhaupt auf „Misswirtschaft“? Weil es dort Armut und Not gibt? Dabei führen die hiesigen Verantwortlichen doch gerade mit ihren Reformagendas vor, dass „ordentliches Wirtschaften“ nicht ohne Verarmung geht!

Gegen solche „Theorien“, die die Zustände in den Ländern der Dritten Welt immer aus lauter *Defiziten* in diesen Ländern erklären wollen, schlagen wir vor, sich einfach einmal folgende Fragen zu beantworten:

1. Wenn Menschen hungern und verhungern, dann fehlen ihnen die Mittel zum Leben. Worum liegt das? Weil es hiervon in den Ländern der Dritten Welt und sonst wo zu wenig gibt? Das kann nicht sein. Wer Geld hat, kann auch in Afrika leben, und die Hilfslieferungen fehlen auch nicht dort, wo sie herkommen.

2. Wenn Menschen hungern und verhungern, dann fehlen ihnen nicht nur Lebensmittel. Sie sind offenbar auch nicht in der Lage, sich diese herzustellen. Wer oder was hindert sie daran? Denn so verrückt, lieber zu verrecken als zu arbeiten, ist niemand.

Diese und weitere Fragen können geklärt werden auf dem
Diskussionstermin

**am Mittwoch, den 3. Dezember 2003, 20.00 Uhr
im Gebäude des Sprecherrats, Turnstr. 7 (1.OG), Erlangen**

Ganz nebenbei wird sich dabei auch herausstellen, dass *so besondere Umstände* in den Ländern der Dritten Welt gar nicht vorliegen. Aber das kann man auch schon dem Umstand entnehmen, dass hier für Spenden damit geworben wird, dass man schon mit 10,- Euro das Überleben eines kleinen Negers sichern kann. Daran sieht man nicht nur, wie billig so ein Negerleben ist. Es zeigt auch, dass dort dieselben ökonomischen Prinzipien walten wie hier.

Eines scheint – *erstens* – den wohlmeinenden Kritikern von vornherein selbstverständlich zu sein: An der weltweiten *Herrschaft des Kapitalismus* führt kein Weg vorbei. Den Ratschlag an die Armen in den unterlegenen Staaten, sie sollten sich doch mal dieser Herrschaft *verweigern*, haben deren Parteigänger nicht auf Lager; vielmehr gehen sie – wie die selbst ernannten Anwälte dieser Armen in den Regierungen der „Entwicklungs- und Schwellenländer“ – davon aus, dass Staaten sich darin zu bewegen und *zu bewahren haben*.

Zweitens kritisieren die Kritiker den Weltmarkt und die in ihm stattfindende Konkurrenz *nicht* – sie *mischen* sich in sie *ein* und machen „konstruktive Verbesserungsvorschläge“. Sie gehen von den *Resultaten* dieser Weltmarkt Konkurrenz aus und wollen von einer *Notwendigkeit* dieser Resultate aufgrund der Natur dieser Konkurrenz nichts wissen; vielmehr meinen sie, mit *Korrekturen* ließe sich doch so manches wieder ins Lot, wenn nicht gar überhaupt auf den guten Weg bringen.

Was hat es *drittens* mit der Rede von der „Arroganz der Mächtigen“ auf sich? Wer nach Korrekturen verlangt, der lässt die Sache, also die von den „Mächtigen“ beherrschte Ordnung des Weltmarktes unangetastet und tritt in Wahrheit als *Bittsteller* an diese „Mächtigen“ heran. Denn er verlangt von *denen* Konzessionen, erkennt also deren Macht an und macht sich von ihrem Willen *abhängig*. Damit übersieht er den Pferdefuß solcher Zugeständnisse: Wenn die Beherrscher des Weltmarkts etwas zugestehen, dann tun sie das *berechnend*, um *ihren* Vorteil zu sichern.

Viertens ist der *Inhalt* der Korrekturforderungen entsprechend bescheiden und darin auch schon wieder illusionär. Für mehr als ein bisschen Verbesserung der Exportchancen der „armen Länder“ für ihre Agrarprodukte wollen sich die Parteigänger dieser „Ärmsten der Welt“ gar nicht stark machen. Haben sie sich eigentlich einmal überlegt, *wer* etwas von der Liberalisierung der Agrarmärkte hätte? Haben sie noch nichts davon gehört, dass diese Produkte kapitalistisch erzeugt werden? Dass sie also privaten oder staatlichen Kapitalgesellschaften gehören, die damit *Gewinne* erzielen wollen und deshalb – wie alle Unternehmer auf der Welt – die Löhne ihrer Arbeiter als *Kosten* so klein wie möglich halten. Warum

sollten sie ein Interesse haben, ihre Gewinne mit den „Ärmsten dieser Welt“ zu teilen?

4.

So selbstverständlich es den WTO-Kritikern ist, dass die Herrschaft des Kapitalismus alternativlos ist und auch die unterlegenen Staaten sich darin zu bewegen und bewahren haben, so selbstverständlich ist ihnen, dass eine Besserstellung der bedauerten armen *Menschen* gar nicht anders zustande kommen kann als durch den wirtschaftlichen Fortschritt der *Staaten*, denen sie unterworfen sind. Zu diesem falschen – und schädlichen – Gedanken hier nur eine Frage: Wie stellen sich die, die sich über die „Verweigerer“ China und Brasilien freuen, eigentlich dazu, dass China seit seiner „Modernisierung“ Abermillionen Elendsgestalten produziert, die ihres früher staatlich gesicherten Lebensunterhalts beraubt sind? Könnte es sein, dass der Staat China seinen wirtschaftlichen Fortschritt *eben so* betreibt; dass dieses Elend unerlässlich für die Bewährung auf dem Weltmarkt, für die Aufnahme in die WTO und Befolgung ihrer Regeln ist – und dass die „Verweigerung“ *davon* gar nichts zurücknimmt? Und wer von Brasiliens Präsident Lula eine bessere Meinung hat, der sollte sich vielleicht dessen Programm „Null Hunger“ mal genauer anschauen und sich fragen, warum die internationale Finanzwelt von Lula so begeistert ist. Wohl kaum, weil er Geld, das ihr zusteht, seinem Volk zukommen lässt.

Radio Lora Oktober 2003

Literaturhinweise:

WTO-Konferenz in Seattle – „gescheitert“: Der Kampf der Nationen um den Reichtum der Welt und seine neuesten Gefechtsfelder
In GEGENSTANDPUNKT 3-2000, S.113
Kritik an ATTAC
in GEGENSTANDPUNKT 2-03, S.140
„China in der WTO“
in GEGENSTANDPUNKT 2-02, S. 181
„Lula“: Die ersten 100 Tage eines sozialen Präsidenten und seines neuen Brasiliens:
„Null Hunger“ - ein erbärmliches Sozialprogramm...
in GEGENSTANDPUNKT 2-03, S. 42